

Die Situation der Anlieger

A66: „Frankfurter Abgeordnete uneins bei Autobahnen“, FR v. 14.2.

Es ärgert mich, wenn Ihr immer wieder gegen den Ausbau der A66 schreibt. Nur als Streiflicht wird ab und zu die Situation der Anlieger im Riederwald erwähnt.

In den 60er Jahren wurde die Kaiserleibrücke mit großen Tamtam eingeweiht. Verkehrsminister Seebom sprach damals von der geplanten Umfahrung Frankfurts, stellte den Plan eines Tunnels unter der Stadt vor. Er sollte die A66 von Ost nach West vervollständigen. Ausgleichspflanzungen für das gesamte Projekt sind in den 70ern schon entstanden.

Die Planer und die Gegner des Ausbaues sollten einen Ausflug nach Zürich machen. Dort können sie sehen, wie so was gehen kann.

Hermann Jung, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20230213

FR ERLEBEN

Jan Christian Müller ist zu Gast im Fußballtalk „Doppelpass“. **Sonntag, 19. Februar, 11 Uhr, Sport 1-TV**

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit den Kandidatinnen und Kandidaten zur OB-Wahl: Uwe Becker (CDU), Manuela Rottmann (Grüne), Mike Josef (SPD), Daniela Mehler-Würzbach (Linke) und Yanki Pürsün (FDP). **Montag, 20. Februar, 19 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5 Frankfurt**

Stephan Hebel moderiert die Diskussion zum Thema „2. Frankfurter Demokratiekonvent: Frankfurts Bürger:innenrat zieht Bilanz“ mit den Magistratsmitgliedern Bastian Bergerhoff, Rosemarie Heilig und Eileen O’Sullivan sowie Vertreter:innen der Initiative „Mehr als wählen“. **Montag, 27. Februar, 19 Uhr Römerberg 9, Frankfurt**

Stephan Hebel lädt ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion. **Livestream: fr.de/hebelsstunde Donnerstag, 30. März, 19 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5 Frankfurt**

Wohin geht’s in Frankfurt nach dem 5. März?

Verschiedene Stimmen zur Wahl eines neuen Stadtoberhauptes in der Mainmetropole

Zur Demokratie gehört das Prinzip der Teilhabe

Es existiert – noch theoretisch – eine sehr große Wählergruppe in Frankfurt/Main, deren Beteiligung potenziell eine entscheidende Auswirkung auf das Wahlergebnis bei der bevorstehenden OB-Wahl nehmen könnte: die fast 130 000 Einwohnerinnen und Einwohner aus Nicht-EU-Staaten. Leider trifft der Aufruf zur Wahl am 5. März nicht auf alle Menschen zu, die ihren ständigen Wohnsitz in Frankfurt haben. Denn Nicht-EU-Staatsbürger dürfen weder an den Kommunalwahlen noch an den Landtags- bzw. Bundestagswahlen teilnehmen.

Zum Nachdenken: Zum Wesen der Demokratie gehört das Prinzip Mitgliedschaft, wovon die Bürgerschaft zwar die Hauptkategorie von Mitgliedschaft ist, wohl aber nicht die einzige. Menschen mit ständigem Wohnsitz sind auch Schlüsselmitglieder einer Kommune bzw. eines Landes, doch ohne Wahlrecht sind sie Mitglieder, die von den Entscheidungen, die auch auf sie direkten Einfluss nehmen, weitgehend ausgeschlossen sind. Deshalb scheint es mir wünschenswert und sinnvoll, wenn man als Nicht-EU-Staatsbürger(in) wenigstens bei den Kommunalwahlen (hier: bei der OB-Wahl) mitentscheiden dürfte.

Jeffrey Myers, Frankfurt

Wer Leuten nach dem Mund redet, ist ein Opportunist

Der Antisemitismusbeauftragte der Hessischen Landesregierung, Frankfurts Ex-Bürgermeister Uwe Becker, lässt keine Gelegenheit aus, Kritik an der israeli-

schen Regierung stets reflexartig als antisemitisch zu denunzieren. Man darf gespannt sein, was ihm da zu den derzeitigen massenhaften Demonstrationen gegen die Versuche einfällt, die Justiz in Israel an die Leine der Regierung zu legen. Vielleicht liest er ja mal, wenn er nicht gerade Wahlkampf in Frankfurt macht, im „Spiegel“ das Interview mit der Professorin für Soziologie an der Hebräischen Universität in Jerusalem, Eva Illouz, die sich u.a. zur Palästinenserpolitik der israelischen Rechtsregierung wie folgt äußert:

„Die Freunde Israels, also all jene, denen dieses Land etwas bedeutet, sollten ihr ganzes Gewicht in die Waagschale werfen, um die Besatzung (Anm.: im Westjordanland) zu stoppen.“ Wer anderen nur nach dem Mund redet, ist kein wahrer Freund, sondern nur ein ausgesprochen Opportunist.

Hans Schinke, Offenbach

Ein Dinosaurier in Sachen Verkehrsplanung

Der designierte Verkehrsdezernent der Grünen, Wolfgang Siefert, hat sich einiges vorgenommen, um die Verkehrswende in Frankfurt voranzubringen. Um sich aber in Bezug auf den Klimawandel wirklich verdient zu machen, um gleichzeitig Arbeit zu sparen und Frankfurt nicht 30 Jahre lang mit einer Großbaustelle zu quälen, sollte er das Projekt „Fernbahntunnel“ in dem schwarzen Loch versenken, das im Kopf der Bahn-Verantwortlichen wohl schon dafür existiert. Denn der Fernbahntunnel, der die Fernzüge um acht (!) Minuten schneller machen soll, ist ein Dinosaurier der Planungen der

80er Jahre, ähnlich wie auch der Riederwaldtunnel, gegen den sich gemeinsam mit Klimaaktivist*innen und Bürgerinitiativen mehr und mehr Menschen und Verbände positionieren.

Tunnelbauten sind nicht nur teuer und werden immer um das Mehrfache teurer als geplant (siehe Stuttgart 21), sondern sie verschlingen auch Unmengen an klimaschädlichem Beton, zerstören Grund und Boden und nutzen hauptsächlich der Großindustrie.

Es wäre schön, wenn der künftige Verkehrsdezernent das gesamte Bauprojekt von Frankfurt Rhein-Main-Plus aufmerksam studieren würde. Dieser oberirdische Kapazitätsausbau wurde 2003 beschlossen und sollte 2013 fertig sein. Lange geschah nichts. Ein Teil der Planung wird nun realisiert, der andere soll zugunsten des untermainischen Fernbahntunnels entfallen. Dabei sollte doch zunächst oberirdisch das getan werden, was ein Vielfaches preiswerter ist und auch wesentlich schneller umsetzbar. Heidi Ziehaus, Frankfurt

Illusorische Wahlversprechen

Herr Pürsün (FDP) und Herr Becker (CDU) wollen laut ihren Wahlprogrammen u.a. Familien unterstützen, die Wohneigentum kaufen wollen. Allerdings haben auch Haushalte mit überdurchschnittlichen Einkommen Probleme, in Frankfurt etwas Bezahlbare zu finden. Der Quadratmeterpreis beträgt um die 6870 Euro. Welche Familien wollen Sie also unterstützen? Familie Otto und Ottilie Normalverdiener jedenfalls nicht. Anders gesagt – illusorische Wahlversprechen. Fritz Brehm, Frankfurt

Tränenreiche Einlassungen

Zu: „Badle bestreitet Untreue“, FR-Region vom 9. Februar

Ich bin Schreiner. Zu meinen Kenntnissen gehört u.a. das Wissen darum, was ich brauche, wenn eine Tür schleift: nämlich einen scharfen Hobel. Wäre ich Jurist und eines Verbrechens wie z.B. der Bestechlichkeit und der Vorteilsannahme angeklagt, würde ich selbstverständlich ebenfalls mein Fachwissen nutzen. Dazu gehört z.B. zu wissen, dass ein Geständnis das zu erwartende Strafmaß herabsetzt; man sieht und hört das in jedem zweiten Tatort. Wenn ich dann noch sage, dass ich im Kinderheim aufgewachsen bin, dass meine Mutter am Alkohol hing, mein Vater mich missbraucht hat, dass ich ein vernachlässigtes Schlüsselkind war und mich trotz alledem (oder gerade deswegen?) von Alkohol und Drogen ferngehalten habe, dass ich Abitur gemacht habe, dass ich ein Jurastudium abgeschlossen habe und ein Karrierist geworden bin – das alles muss doch in der Summe ausreichen, um einen großzügigen Rabatt bei der Strafzumessung zu bekommen.

Natürlich hätte ich (immer noch im Konjunktiv!) derlei Begründungen und Ausreden und ihre Wirkung auf die Gerichte in unzähligen Gerichtsverhandlungen erlebt.

Nach meinem Empfinden sieht das alles nach einem Griff ganz tief hinein in die Klischeekiste aus, deren Inhalt den Drehbüchern für „Gerichts“-Sendungen im Privat-TV Stoff liefern. Ob der Druck auf die Tränendrüsen hilft? Warum nur fällt es mir so schwer, den Einlassungen des Herrn Oberstaatsanwaltes susp. Badle trotz „dramatischem, tränenreichem Geständnis“ (oder vielleicht gerade deswegen?) Alles Show?) Glauben zu schenken?

Gerhard Schlesinger, Eppstein

Das Vertrauen schwindet

Frankfurt-Sachsenhausen: „Weiter Tempo 70“, FR-Region vom 30. Januar

In einer Reduktion der derzeit zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf der Gerbermühlstraße in Sachsenhausen von 70 km/h auf 50 km/h sieht FDP-Fraktionsvorsitzender Uwe Schulz einen Grundrechtseingriff. Diese Argumentation mutet vor dem Hintergrund der tatsächlich vorhandenen Gefahrensituation mit dem parallel verlaufenden Radweg und den von vielen Jugendlichen besuchten benachbarten Sportstätten fast schon zynisch an. Dass der FDP-Politiker, selbst Jurist, hier aber die große Keule des Verfassungsverstoßes herausholt, ist reif fürs Kabarett.

Es handelt sich hier um einen Streckenabschnitt von 1300 Metern zwischen Frankfurt und Offenbach mit vier Ampelanlagen. Ein Selbstversuch ergibt, dass auf der kurzen Strecke eine Beschleunigung auf 70 km/h nahezu unmöglich ist. Selbst wenn man im Idealfall konstant 70 km/h fahren könnte, wäre die Zeitersparnis gegenüber einer konstanten Geschwindigkeit von 50 km/h exakt 23 Sekunden! Für Uwe Schulz offensichtlich

ein klarer Verfassungsverstoß, der auch nicht durch das vom Kinderbeauftragten Roland Limberg angeführte Kindeswohl in Bezug auf Gefahrenvermeidung geheilt werden kann.

Die aberwitzige Argumentation der FDP wird vom Fraktionsvorsitzenden der CDU, Martin-Benedikt Schäfer sekundiert. Er sieht durch eine Reduktion auf 50 km/h die Gefahr, dass Autofahrer auf die Offenbacher Landstraße ausweichen und durch das Wohngebiet fahren. Wohlgermerkt, um 23 Sekunden aufzuholen. Weder CDU noch die FDP scheinen den Blick fürs Wesentliche zu haben. Weshalb sonst wird vernünftigen Vorschlägen mit derart absurder Argumentation begegnet? Den Bürger lässt dies einmal mehr sprachlos zurück. Besser als an diesem kleinen Beispiel lässt sich nicht demonstrieren, dass es nicht um die Sache, sondern ums Recht haben geht. Kein Wunder, dass vielen Bürger:innen die Lust an der Politik und das Vertrauen in die Volksvertreter abhandengekommen ist. Martin Haug, Frankfurt

Weniger Straßen

Eine neue Straße bedingt die nächste: „Lebensgefährlich“, FR-Region v. 20.1.

Das war ein hervorragender Kommentar, der mir voll aus der Seele gesprochen hat. Es lohnt sich direkt, ihn aufzuheben. Hinterher sind mir noch zwei Ergänzungen eingefallen: Unsere Stadtpolitiker*innen versuchen gegenwärtig mit mehr oder weniger Emphase, Autos aus der Stadt zu drängen. Jedoch wird der Zufluss nicht gebremst, gesteuert. Das ist doof.

Zweitens habe ich in der Süddeutschen Zeitung von einer Studie der Bosch-Stiftung („Raumpotenziale für eine gemeinwohlorientierte, klimagerechte und ko-produktive Stadtentwicklungspraxis in wachsenden Großstädten“) gelesen. In der wurden Veränderungen prognostiziert, die vermutlich auch weniger Straßen erforderlich machen (z.B. weniger Kaufhäuser, zehn Prozent weniger Bedarf an Parkhäusern und vieles mehr). Das impliziert ja auch weniger Straßen und Autobahnen. Und so weiter.

Ursula Langer, Wiesbaden